

KRZYSZTOF GARCZEWSKI ▶

Polnische und deutsche Ostpolitik im Spiegel der heutigen internationalen Beziehungen

Die Beziehungen zu den osteuropäischen Ländern spielen sowohl in Polen als auch in Deutschland eine sehr wichtige Rolle. Die EU-Erweiterung im Jahre 2004 um Polen und andere osteuropäische Staaten eröffnete die neuen Möglichkeiten der Zusammenarbeit zwischen den west- und osteuropäischen Ländern. Mit dem Beitritt Polens, Litauens und Lettlands zur EU wurde das neue Kapitel der europäischen Ostpolitik eröffnet¹. Die Aufnahme dieser Staaten zur EU bedeutete auch für Deutschland neue Herausforderungen in der Nachbarschaftspolitik. Berlin hat die EU-Osterweiterung stark unterstützt. „Mit dem Beitritt von zehn neuen Mitgliedstaaten am 1. Mai [2004] wurde die Teilung Europas endgültig überwunden“ – betonte Joschka Fischer, der damalige Außenminister der BRD². Mit dieser Erweiterung entstand die neue östliche Grenze der EU mit Russland und anderen ehemaligen Ländern der Sowjetunion. Noch vor dem Beitritt neuer Länder aus Osteuropa zur EU wurde im Rahmen der europäischen Nachbarschaftspolitik eine neue Konzeption der Zusammenarbeit mit betroffenen Staaten erstellt. „Die EU Kommission hat unter Mitwirkung der

¹ Am 1. Mai 2004 kam es zur größten EU-Erweiterung. Die Europäische Union hat zehn folgende neue Mitglieder aus Ost-, Mittel- und Südeuropa aufgenommen: Polen, Tschechien, Slowakei, Lettland, Estland, Litauen, Ungarn, Slowenien, Malta und Zypern.

² J. Fischer, *Vorwort*, in: *Deutsche Außenpolitik 2003/2004*, Berlin 2004, S. 10.

EU-Partner und Deutschlands mit der ‚Europäischen Nachbarschaftspolitik‘ ein differenziertes Regionalkonzept entwickelt, das der politischen und wirtschaftlichen Heterogenität dieser Länder gerecht werden und ihnen Sicherheit und Stabilität bringen soll. Zugleich gilt es, diese Länder auch künftig zu konsequenten Reformen zu ermuntern“ – wurde im Jahrbuch der deutschen Außenpolitik betont³.

Das Osteuropa spielt bei der deutschen Politik, sowohl wirtschaftlich als auch kulturell, eine sehr wichtige Rolle. Die deutsche Ostpolitik konzentriert sich heutzutage vor allem auf die Beziehungen zu Russland, Polen, der Ukraine und den anderen Staaten aus Ostmitteleuropa. Die deutsche Ostpolitik gegenüber Polen ist ein wichtiger Teil der heutigen Europapolitik. Am Anfang des 21. Jahrhunderts sahen die deutsch-polnischen Verhältnisse nicht gut aus. Der Grund für diese Situation war vor allem die seit Ende 90er Jahre des vorigen Jahrhunderts geführte emotionale Debatte über das Konzept des sogenannten Zentrums gegen Vertreibungen. Auf diese Idee kam Erika Steinbach, die Vorsitzende des deutschen Bundes der Vertriebenen. Die Idee führte in Deutschland und Polen zu politischen Spannungen. Viele Kritiker dieser Konzeption haben vorgeworfen, dass durch solches Zentrum die Geschichte des Zweiten Weltkrieges umgeschrieben werden kann. Für die Lösung dieses Problems hat sich auch die deutsche Bundesregierung engagiert. In 2008 wurden unter dem Dach der Stiftung „Deutsches Historisches Museum“ offiziell die unselbständige „Stiftung Flucht, Vertreibung, Versöhnung“ errichtet mit dem Zweck „im Geiste der Versöhnung die Erinnerung und das Gedenken an Flucht und Vertreibung im 20. Jahrhundert im historischen Kontext des Zweiten Weltkrieges und der nationalsozialistischen Expansions- und Vernichtungspolitik und ihren Folgen wachzuhalten“⁴. Der Stiftungsrat hat im Oktober

³ Deutsche Außenpolitik 2003/2004..., s. 83–84.

⁴ Siehe offizielle Webseite der „Stiftung Flucht, Vertreibung, Versöhnung“: <http://www.dhm.de/sfvv/> (Zugang vom 25.03.2012). Zu diesem Thema siehe auch: K. Garczewski, Stiftung „Flucht, Vertreibung, Versöhnung“ als politisches Problem in den deutsch-polnischen Beziehungen, in: Polen zwischen Deutschland und Russland – Polska między Niemcami a Rosją“, K. Czejarek, T. G. Pszczółkowski (Hrsg.), Pułtusk 2011, s. 207–215.

2010 den Entwurf des „Eckpunktepapiers“ vorgestellt, der die Grundlage für die Erstellung der Endkonzeption der Ausstellung sein sollte⁵.

In letzten Jahren wurden die Relationen zwischen Berlin und Warschau wieder intensiviert. Die Politiker beider Länder haben auch bei der Überwindung der Finanzkrise in Europa stark zusammengearbeitet. Besonders während der polnischen Präsidentschaft im Rat der EU in der zweiten Jahreshälfte 2011 wurden die gegenseitigen Beziehungen noch vertieft. Viele Diskussionen auf beiden Seiten der Oder hat besonders die Rede des polnischen Außenministers vom 28. November 2011 in der deutschen Hauptstadt ausgelöst. Radosław Sikorski, der in Berlin auf Einladung der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik und der Zeitung „Die Welt“ war, hat über die Zukunft der EU gesprochen. Er appellierte auch an mehr Engagement der Bundesrepublik für die Rettung der Euro-Zone. „Ich verlange von Deutschland, in seinem eigenen Interesse und in unserem, dass es dabei hilft, das Überleben und Prosperieren der Euro-Zone zu sichern. Sie wissen selbst am besten, dass es niemand anders tun kann. Ich bin wahrscheinlich der erste polnische Außenminister der Geschichte, der das sagt, aber hier ist es: Ich fürchte mich weniger vor Deutschlands Macht, sondern beginne mich mehr vor Deutschlands Untätigkeit zu fürchten. Sie sind Europas unverzichtbare Nation geworden. Sie dürfen bei der Führung nicht versagen. Nicht dominieren – sondern führen bei den Reformen. Vorausgesetzt, Sie binden uns bei Entscheidungen ein, wird Polen Sie unterstützen“ – sagte Sikorski⁶. Der polnische Politiker überzeugte auch, dass Deutschland und andere Länder aus Westeuropa von der östlichen EU-Erweiterung dank der wesentlichen Aufschwung des Exportes nach 2004

⁵ Mehr zu diesem Thema siehe: Eckpunkte für die Arbeit der Stiftung Flucht, Vertreibung, Versöhnung und die geplante Dauerausstellung, in: <http://www.dhm.de/sfvv/docs/Eckpunkte.pdf> (Zugang vom 20.03.2012).

⁶ Siehe: R. Sikorski, *Am Rande des Abgrunds muss Deutschland führen. Auszüge der Rede in Berlin*, aus dem Englischen von R. Haubrich, 29.11.2011, in: <http://www.welt.de/debatte/kommentare/article13741449/Am-Rande-des-Abgrunds-muss-Deutschland-fuehren.html> (Zugang vom 30.03.2012). Die englische und polnische Sprachversion dieser Rede siehe die offizielle Internetseite des polnischen Auswärtigen Amtes: http://www.msz.gov.pl/files/docs/komunikaty/20111128BERLIN/radoslaw_sikorski_polska_a_przyszlosc_ue.pdf (in Polnisch); http://www.msz.gov.pl/files/docs/komunikaty/20111128BERLIN/radoslaw_sikorski_poland_and_the_future_of_the_eu.pdf (in Englisch). (Zugang vom 30.03.2012).

auch wirtschaftlich profitierten⁷. Darum war Sikorski der Ansicht, dass die Aufnahme neuer Länder in 2004 zur EU zur heutigen europäischen Finanzkrise nicht beigetragen hat. Ganz im Gegenteil. Dies konnte die heutigen „Turbulenzen“ in der EU sogar verschieben⁸.

Die wirtschaftlichen Relationen spielen bei der deutsch-polnischen Zusammenarbeit eine sehr wichtige Rolle. Am 1. Mai 2011 hat Deutschland seine Grenzen für die Arbeiter aus acht neuen osteuropäischen EU-Ländern geöffnet, was jetzt auch den polnischen Arbeitern die Beschäftigung im Nachbarland ermöglicht. Es zeigte sich aber, dass viele Polen oder Litauer westlich der Oder keinen Job mehr finden wollen. Schon gleich nach der Aufnahme Polens zur EU sind hunderttausende Bürger des Landes vor allem nach Großbritannien und Irland ausgewandert, weil sie dort unbeschränkt arbeiten konnten. Deutschland und Österreich haben seine Arbeitsmärkte für die Bewohner aus neuen östlichen EU-Staaten für sieben Jahre gesperrt (2004–2011), weil manche Politiker und viele Bürger aus diesen Ländern durch die „Masseninvasion“ der Arbeitskräfte aus Osteuropa den Verlust eigener Arbeitsplätze fürchteten. Der freie Zugang zum deutschen Arbeitsmarkt hat diese Befürchtungen allerdings nicht bestätigt. „Groß waren die Hoffnungen, noch größer die Ängste, als vor fünf Monaten der deutsche Arbeitsmarkt für Bürger aus acht osteuropäischen Staaten weiter geöffnet wurde. Die Wirtschaft freute sich auf dringend benötigte Facharbeiter, die Gewerkschaften schlugen Alarm: Osteuropäer würden nun zu Hunderttausenden ins Land strömen, Löhne drücken und Einheimischen die Arbeitsplätze rauben. So ist es nicht gekommen. Von Mai bis August 2011 zogen aus diesen acht EU-Staaten (...) nur 34 000 Menschen nach Deutschland; in den vier Monaten davor waren es 20 000“ – kommentiert diese Situation Markus Deggerich⁹.

„Deutschland hat mit der späten Öffnung des Arbeitsmarkts ein Eigentor geschossen“ – meinte Tomasz Major, der Präsident der Polnischen Arbeitgeberkammer¹⁰.

⁷ R. Sikorski, Minister Spraw Zagranicznych RP, „Polska a przyszłość Unii Europejskiej“, Berlin, 28.11.2011, in: http://www.msz.gov.pl/files/docs/komunikaty/20111128BERLIN/radoslaw_sikorski_polska_a_przyszlosc_ue.pdf, (Zugang vom 30.03.2012), s. 2.

⁸ Ibidem, s. 3.

⁹ M. Deggerich, *Bloß nicht Deutschland*, „Der Spiegel“ 2011, Nr. 41, s. 52.

¹⁰ Ibidem.

Im Zentrum der heutigen deutschen Ostpolitik stehen auch die trilateralen Beziehungen zwischen Berlin, Warschau und Moskau. „Das Verhältnis zwischen Deutschland, Polen und Russland war, ist und bleibt für das Schicksal Europas von zentraler Bedeutung“ – überzeugt Wolfgang Ischinger¹¹. Im Juni 2011 kam es in Warschau zur gemeinsamen Sitzung der deutschen und polnischen Regierungen. Die Politiker haben sich dort anlässlich des 20. Jahrestages der Unterzeichnung des Vertrages über gute Nachbarschaft und freundschaftliche Zusammenarbeit getroffen. Während dieses Treffens wurde eine gemeinsame Erklärung¹² und das Programm der Zusammenarbeit für die nächsten Jahre¹³ vorgestellt. Die Vertreter der beiden Regierungen haben in diesem Dokument betont, dass die Zusammenarbeit mit den Nachbarländern aus Osteuropa eine sehr wichtige Rolle bei der deutschen und polnischen Politik spielt. „Wir wollen zusammen mit unseren französischen Partnern im Weimarer Dreieck den Dialog mit Russland und unseren östlichen Partnern führen. Dabei sollten die Modernisierungspartnerschaft mit Russland und die Erweiterung und Vertiefung der Östlichen Partnerschaft, u. a. auch um Aspekte der Gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik, eine wichtige Rolle spielen. Wir wollen uns einsetzen für die Umsetzung der Vorschläge zur weiteren Ausgestaltung der Östlichen Partnerschaft, die in dem gemeinsamen Brief des deutschen und des polnischen Außenministers an die EU-Au-

¹¹ W. Ischinger, *Russland, Ukraine, Belarus und Europa*, in: *Deutschland-Polen – Osteuropa: Deutsche und polnische Vorüberlegungen zu einer gemeinsamen Ostpolitik der erweiterten Europäischen Union*, Hrsg. von D. Bingen und K. Wóycicki, Wiesbaden : Harrassowitz 2002, s. 21.

¹² Gemeinsame Erklärung der Regierungen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Polen zum 20. Jahrestag der Unterzeichnung des Vertrages zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Polen über gute Nachbarschaft und freundschaftliche Zusammenarbeit, Warschau, 21. Juni 2011, in: <http://www.auswaertiges-amt.de/cae/servlet/contentblob/581486/publicationFile/155457/110621-D-POL-Erklaerung.pdf;jsessionid=10389623EF378948D12B80D8CD06EFB7> (Zugang vom 20.03.2012).

¹³ Programm der Zusammenarbeit anlässlich des 20. Jahrestags der Unterzeichnung des Vertrags zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Polen über gute Nachbarschaft und freundschaftliche Zusammenarbeit, zwischen den Regierungen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Polen, Warschau, 21. Juni 2011, in: <http://www.auswaertiges-amt.de/cae/servlet/contentblob/581488/publicationFile/155458/110621-D-POL-Projektliste.pdf;jsessionid=10389623EF378948D12B80D8CD06EFB7> (Zugang vom 20.03.2012).

ßenbeauftragte und an den EU-Kommissar für Erweiterung und Nachbarschaftspolitik genannt worden sind. Die Außenministerien beider Länder werden ihre Zusammenarbeit mit ihren russischen Partnern im Rahmen trilateraler Konsultationen fortsetzen, deren grundsätzliches Ziel der Ausbau und die Stärkung des Vertrauens auf dem europäischen Kontinent ist” – wurde im gemeinsamen deutsch-polnischen Dokument betont¹⁴.

Das heutige Deutschland liegt auch großen Wert auf die Beziehungen zu Russland, was in Polen wegen historischen Erfahrungen sehr oft negative Reaktionen auslöste. Deutschland arbeitet mit Russland unter anderem bei der Lösung der globalen Fragen zusammen und will dazu auch durch das Programm der Partnerschaft für Modernisierung die demokratischen Prozesse in Russland unterstützen. Die Spitzenpolitiker aus beiden Ländern treffen sich sehr oft auch im Rahmen der bilateralen Konsultationen. Im Juni 2010 haben die Bundeskanzlerin Angela Merkel und der damalige Präsident der Russischen Föderation Dmitri Medwedew über die Möglichkeit der Einrichtung eines Europäisch-Russischen Politischen und Sicherheits-politischen Komitees besprochen¹⁵.

Die Last der schwierigen Geschichte des 20. Jahrhunderts spielt bei den deutsch-polnisch-russischen Beziehungen nach wie vor eine sehr große Rolle. Besonders das deutsch-russische Projekt der Ostseepipeline, das mit polnischer Seite nicht abgestimmt wurde, hat an der Weichsel zu heftiger Diskussion geführt. Manche Politiker haben diese Idee als ein „neuer Molotow-Ribbentrop-Pakt” bezeichnet, den im Jahre 1939 zur Teilung des Landes führte¹⁶. In Polen gab es auch die Ängste, dass Russland nach dem Bau der neunten Pipeline durch die Ostsee die Gaslieferungen über Polen künftig einhält. Dank dieser Pipeline kann Russland Gas durch die Ostsee direkt nach Westeuropa liefern. Berlin versuchte, auf die polnische Proteste gegenüber dieser Initiative zu reagieren. Im gemeinsamen

¹⁴ Ibidem, s. 20.

¹⁵ Siehe: Memorandum (Treffen zwischen Bundeskanzlerin Angela Merkel und Präsident Dmitri Medwedew am 4. und 5. Juni 2010 in Meseberg), in: http://www.bundesregierung.de/Content/DE/_Anlagen/2010/2010-06-07-meseberg-memorandum-deutsch.pdf;jsessionid=2C9E7FE498B0E523A5E6F813BE847CF4.s1t2?__blob=publicationFile&v=1 (Zugang vom 17.08.2012).

¹⁶ Siehe: reuters, Vergleich mit Hitler-Stalin-Pakt, 30.04.2006, in: <http://www.manager-magazin.de/unternehmen/artikel/0,2828,413944,00.html> (Zugang vom 02.04.2012).

deutsch-polnischen Programm der Zusammenarbeit vom Juni 2011 wurde das „Schaffen der technischen Voraussetzungen zur Umkehrung der Gasströmung (reverse flow) in der Pipeline Jamal aus Russland im Falle einer Lieferungsstörung gemäß der Gasversorgungsicherheitsverordnung“ festgelegt¹⁷, was man als die Reaktion auf die polnische Kritik der Nord Stream-Pipeline interpretieren kann.

Obwohl die Geschichte auf die trilateralen Beziehungen nach wie vor sehr stark beeinflusst, kann sie auch positiv genutzt werden. Die Spitzenpolitiker von drei historisch belasteten Nachbarländern trafen sich am 1. September 2009 auf der Westerplatte und nahmen an der Gedenkfeier zum 70. Jahrestag des Kriegsausbruchs teil. Die symbolische Teilnahme von Wladimir Putin und Angela Merkel an dieser Gedenkveranstaltung löste an der Weichsel viele Kommentare aus¹⁸. Wie Anna Musioł bemerkte, „wandte sich [Putin] in seiner Rede gegen die Versuche der Geschichtsumschreibung“¹⁹. Der damalige russische Regierungschef hat auch einen Brief an das polnische Volk geschrieben, der am 31. August in der polnischen Tageszeitung „Gazeta Wyborcza“ veröffentlicht wurde und in dem er eine versöhnliche Haltung präsentierte²⁰. „Keine deutsch-russische Annäherung würde jemals ganz heraustreten können aus dem Schatten von Hitler-Stalin, Molotow-Ribbentrop, jedenfalls wird man sich immer daran erinnern, oder diese Erinnerung wird instrumentell eingesetzt – solange nicht zwischen Warschau und Moskau ein Stück mehr Vertrauen entsteht“ – betonte Gunter Hofmann²¹. Trotz vieler Schwierigkeiten wurde auch im Jahre 2009 offiziell der deutsch-polnisch-russische Dialog ins Leben gerufen. Im Rahmen

¹⁷ Programm der Zusammenarbeit ..., s. 16.

¹⁸ Siehe z.B.: rik, PAP, „Pakt Ribbentrop-Molotow był niemoralny”. Przemówienia na Westerplatte, 1.09.2009, http://wiadomosci.gazeta.pl/wiadomosci/1,114873,6989781,_Pakt_Ribbentrop_Molotow_byl_niemoralny___Przemowienia.html (Zugang vom 28.03.2012); MJ/PAP, Putin na Westerplatte – zajmijcie się własnymi paktami z Hitlerem, 1.09.2009, <http://polska.newsweek.pl/putin-na-westerplatte---zajmijcie-sie-wlasnymi-paktami-z-hitlerem,43010,1,1.html> (Zugang vom 28.03.2012).

¹⁹ A. Musioł, *Westerplatte. Gemeinsamer Erinnerungsort oder gespaltenes Symbol?*, Potsdam 2010, s. 17.

²⁰ W. Putin, *Karty historii – powód do wzajemnych pretensji czy podstawa pojednania i partnerstwa?*, „Gazeta Wyborcza”, 31.08.2009, Nr. 203, s. 4–5.

²¹ G. Hofmann, *Das andere Dreieck. Die Beteiligung Deutschlands und Polens an der Heranführung Russlands an die Europäische Union*, in: *Polen zwischen Deutschland und Russland ...*, s. 242.

dieser Zusammenarbeit kam es im Mai 2011 in Kaliningrad zum Treffen der drei betroffenen Außenminister. Guido Westerwelle, Sergej Ławrow und Radosław Sikorski haben sich wieder im März 2012 in Berlin getroffen. Hauptziel dieser Gespräche war die Besprechung der trilateralen Projekte, der Verhältnisse zwischen Russland und der EU und der aktuellen internationalen Fragen²².

Deutschland und Polen arbeiten an den Beziehungen zu Osteuropa auch auf dem europäischen Niveau zusammen. Eines der wichtigsten Mittel der EU-Ostpolitik ist die sogenannte Östliche Partnerschaft, die zugleich auch ein wichtiger Teil der Europäischen Nachbarschaftspolitik ist. Das Projekt der Östlichen Partnerschaft richtet sich an die Ukraine, Weißrussland, Moldawien, Georgien, Armenien und Aserbaidschan. Mit dieser Idee bekamen die betroffenen Länder von der EU zwar keine klare Beitrittsperspektive, das Programm sollte aber zur Annäherung an das Westeuropa und zur Modernisierung dieser Staaten führen. Diese Konzeption war eine Idee Polens und Schwedens und wurde im Jahre 2009 ins Leben gerufen. Die Östliche Partnerschaft, die in den Medien auch als „Ost-Partnerschaft“ genannt wird, soll sich zur Vertiefung der demokratischen Reformen in diesen Ländern beitragen. Mit diesem Programm will die EU auch die Entwicklung der Zivilgesellschaft in allen sechs Ländern unterstützen²³. Der erste Gipfel der Partnerschaft fand im Mai 2009 in Prag statt. Die Vertiefung der Zusammenarbeit im Rahmen der Östlichen Partnerschaft gehörte auch zu den Prioritäten der polnischen Präsidentschaft im Rat der Europäischen Union in der zweiten Jahreshälfte 2011. Ende September 2011 kam es in Warschau zum zweiten Gipfeltreffen. Zu den wichtigsten Themen, die dort besprochen wurden, gehörten die Verletzungen der Menschenrechte in Weißrussland.

Die heutigen Beziehungen der Europäischen Union zu Weißrussland sind besonders politisch sehr stark belastet. Die Normalisierung der Relationen mit diesem Staat gehört zu den größten Herausforderungen der heutigen Ostpolitik der EU. In den letzten Jahren versuchten auch die

²² Außenminister Deutschlands, Polens und Russlands treffen sich in Berlin, www.auswaertiges-amt.de (Zugang vom 20.03.2012).

²³ Mehr zur Östlichen Partnerschaft siehe: <http://www.msz.gov.pl/Partnerstwo,Wschodnie,19887.html> (Zugang vom 15.03.2012).

deutschen und polnischen Politiker, in diesem Bereich zusammenzuarbeiten. Die Außenminister beider Nachbarländer haben ein paar Wochen vor den Präsidentschaftswahlen in Weißrussland, die im Dezember 2010 stattgefunden haben, Minsk besucht. Während des Treffens mit dem weißrussischen Staatsoberhaupt, haben die beiden Politiker demokratische Wahlen gefordert. „Es gibt nur einen Weg nach Europa: Er führt über freie und faire Wahlen“ – betonte Westerwelle²⁴. Offiziellen Angaben zufolge, hat aber Alexander Lukaschenko, der seit 1994 an der Spitze des Staates steht, die Wahlen wieder mit großer Mehrheit gewonnen. Laut Menschenrechtsorganisationen konnten aber die Wahlen nicht als demokratisch bezeichnet werden. Die Proteste der weißrussischen Opposition wurden von den Polizeikräften gewaltsam niedergeschlagen. Mehrere Regimegegner wurden verhaftet, darunter auch die Gegenkandidaten für das Amt des Staatspräsidenten. Im weißrussischen Staatsfernsehen wurde Polen für diese Proteste mitverantwortlich gemacht²⁵. Obwohl der Besuch von Sikorski und Westerwelle in der weißrussischen Hauptstadt keinen direkten positiven Effekt brachte, war diese deutsch-polnische Idee das beste Beispiel dafür, dass die beiden Nachbarländer eine gemeinsame Ostpolitik führen können. Westerwelle war auch das erste Mitglied des deutschen Bundestages seit fünfzehn Jahren, das Weißrussland offiziell besuchte²⁶. Das Verhalten des weißrussischen Regimes gegenüber der Opposition nach der Wahl vom 19. Dezember 2010 wurde von den anderen Politikern der EU scharf kritisiert.

Am ersten Jahrestag nach der Niederschlagung der demokratischen Proteste in Minsk durch das weißrussische Regime haben die Außenminister Polens und Deutschlands zusammen mit seinen Amtskollegen aus Schweden und Großbritannien einen offenen Brief geschrieben, in dem sie

²⁴ R. Vesper, *Außenminister fordert freie Wahlen*, in: <http://www.faz.net/aktuell/politik/ausland/westerwelle-in-weissrussland-aussenminister-fordert-freie-wahlen-1655019.html> (Zugang vom 20.03.2012).

²⁵ Siehe: A. Poczobut, *Białoruś oskarża Polskę*, „Gazeta Wyborcza“, 13.02.2012, Nr. 36, S. 9.

²⁶ Im Jahre 1995 war in diesem Land der Außenminister der BRD Klaus Kinkel zu Besuch. Siehe: R. Vesper, *Außenminister fordert freie Wahlen*, in: <http://www.faz.net/aktuell/politik/ausland/westerwelle-in-weissrussland-aussenminister-fordert-freie-wahlen-1655019.html> (Zugang vom 20.03.2012).

die Repressionen gegen Oppositionelle noch mal kritisierten. Die Politiker von vier EU-Ländern haben in diesem Schreiben zugesichert, denn als die Antwort auf die dauernden Repressionen gegen Regimegegner wird die Europäische Union ihre Politik gegenüber Weißrussland noch verstärken, sowohl durch die Verhängung von weiteren Sanktionen gegen für die Gewalt und Menschenrechtsverletzungen verantwortlichen Regimemitglieder, als auch durch die Unterstützung der weißrussischen Zivilgesellschaft und der demokratischen Kräfte in diesem Land²⁷. Die weißrussische Opposition lässt sich aber politisch deutlich unterscheiden. Trotzdem haben die meisten Regimegegner ein Hauptziel: Demokratie. Wie Anna Naumczuk und Jacek Cichocki²⁸ bemerkt haben, „ihren Kern bildet die so genannte politische Opposition – mehrere wichtigere Politische Parteien (...). Obwohl es sich hier um Parteien verschiedener Ausrichtung handelt (von Rechts bis Mitte-Links), verbindet sie ihr demokratischer Charakter und die Idee, einen souveränen Staat aufzubauen“.

Zur Verschärfung der Beziehungen zwischen der EU und Weißrussland kam es wieder im Februar 2012. Nachdem die EU neue Sanktionen gegen das weißrussische Regime wegen Menschenrechtsverletzungen verhängt hatte, wies Minsk den polnischen Botschafter und Vertreter der EU-Mission aus²⁹. Gleich danach haben die EU-Länder aus Solidarität mit Polen ihre Botschafter in Minsk offiziell „zu Konsultationen“ ausgerufen. Die Beziehungen zu Weißrussland haben wieder den Tiefpunkt erreicht³⁰. Die aktuelle Lage in Weißrussland und die Beziehungen dieses Staates zur EU waren auch eines der wichtigsten Themen während der Treffens der deutschen, polnischen und französischen Außenminister, zu dem es am 29. Februar 2012 in Berlin im Rahmen des Weimarer Dreiecks kam. „Wir werden uns nicht einschüchtern lassen durch Aktionen gegen einzelne Institutionen in Europa oder einzelne Staaten“ – versicherte Westerwelle und

²⁷ C. Bildt, W. Hague, R. Sikorski, G. Westerwelle, *Nie zostawimy Białorusi*, „Gazeta Wyborcza”, 19.12.2011, Nr. 294, s. 20.

²⁸ A. Naumczuk, J. Cichocki, *Belarus – ein Blick aus polnischer Perspektive*, [in:] *Deutschland-Polen – Osteuropa...*, s. 216.

²⁹ Siehe: *Jak to było z Białorusią. Das Gespräch mit dem aus Weißrussland ausgewiesenen polnischen Botschafter Leszek Szerepka*, „Gazeta Wyborcza”, 3–4.03.2012, Nr. 53, s. 7.

³⁰ fab/bos/dpa/AFP/Reuters/AP, EU-Staaten rufen Botschafter aus Minsk zurück, <http://www.spiegel.de/politik/ausland/0,1518,818226,00.html> (Zugang vom 28.03.2012).

nannte das weißrussische Regime „die letzte Diktatur in Europa“³¹. Während dieses Treffens wurde auch die „Gemeinsame Erklärung der Außenminister des Weimarer Dreiecks zu Belarus“ präsentiert, in der weitere EU-Sanktionen gegen das Regime in Minsk vorgesehen wurden, falls die Menschenrechte in Weißrussland nach wie vor verletzt werden³².

Die Perspektiven weiterer Entwicklung der politischen Beziehungen der Europäischen Union zu Weißrussland sind schwer vorauszusehen. Der Schlüssel zur Lösung dieser Frage liegt in Minsk. Solange das weißrussische Regime mit eigener Gesellschaft gegen Demokratisierung kämpft, geht der Normalisierungsprozess mit der EU nicht in Erfüllung. „Die Isolation kann nur durchbrochen werden, wenn die belarussische Regierung die Menschenrechte achtet, rechtsstaatliche Institutionen aufbaut und die Demokratisierung des Landes zulässt“ – schrieb schon vor über zehn Jahren Wolfgang Ischinger³³. Dieser Satz bleibt leider weiter aktuell, weil die Hauptbedingung noch nicht realisiert wurde.

Bei der „osteuropäischen Kette“ der polnischen Außenpolitik spielt auch die Ukraine eine besondere Rolle. Polen hat als erster Staat die Unabhängigkeit der Ukraine im Jahre 1991 anerkannt, nach dem bekannten Schlagwort: „Es gibt kein freies Polen ohne freie Ukraine“. Für Warschau ist die Ukraine eines der wichtigsten Nachbarländer, obwohl in den Relationen zwischen beiden Nationen auch die Geschichte nicht selten eine negative Rolle spielt. Die gegenseitigen Relationen haben immer auf die Beziehungen zu Russland beeinflusst. Zur Verschlechterung der politischen Verhältnisse zwischen Warschau und Moskau kam es auch nach der polnischen Unterstützung für die sogenannte Orange Revolution in der Ukraine von 2004. Nicht ohne Bedeutung war, dass an den friedlichen Protesten tausende Polen teilgenommen haben. Auch in den Beziehungen

³¹ Motor der europäischen Integration, 29.02.2012, http://www.auswaertiges-amt.de/nn_582138/sid_76EB4D85E4B5156ED27EABBF4C261897/DE/Europa/DeutschlandInEuropa/BilateraleBeziehungen/120229-Weimarer-Dreieck-Berlin.html?nnm=582158 (Zugang vom 28.03.2012).

³² Siehe: Joint Statement by the Foreign Ministers of the „Weimar Triangle“, Berlin 29.02.2012, http://www.auswaertiges-amt.de/cae/servlet/contentblob/610234/publication-File/165183/120229_Erklaerung-WD-Belarus.pdf;jsessionid=DF1E5824F145762F025327D072DB376A (Zugang vom 29.03.2012).

³³ W. Ischinger, *Russland, Ukraine, Belarus und Europa*, in: *Deutschland-Polen – Osteuropa:...*, s. 28.

Polens zu Litauen gibt es viele Schwierigkeiten. Zu den Kernproblemen gehört vor allem die Lage der polnischen Minderheit in Litauen. Die Vertreter dieser Gruppe sind gegen das neue Bildungsgesetz, das unter anderem die Rolle der litauischen Sprache auch in den Minderheitenschulen verstärkt. Sie kämpfen auch um das Recht auf die polnische Schreibweise der Vor- und Nachnamen³⁴. Gegen das Gesetz haben im Jahre 2011 tausende Mitglieder der polnischen Minderheit in der litauischen Hauptstadt protestiert. Die neuen Regelungen haben auch zu politischen Spannungen zwischen Warschau und Vilnius geführt³⁵.

Über die Verhältnisse zwischen Deutschland, Polen und den osteuropäischen Ländern hat sich Joachim Gauck kurz nach seiner Wahl für das Amt des Bundespräsidenten im März 2012 ausgesprochen. Kurz vor seiner Polenreise hat er in einem Presseinterview zugesichert, dass die Europäische Union seinen östlichen Nachbarstaaten bei der weiteren Demokratisierung helfen muss³⁶. Er hat auch betont, dass die Beziehungen zu Polen für wichtig hält. Wie seine Vorgänger – Horst Köhler und Christian Wulff – fand seine erste Auslandsreise in Polen statt. Seiner Meinung nach sollte Deutschland bei der Ostpolitik noch stärker „die besondere Empfindlichkeit der polnischen Öffentlichkeit“ gegenüber den östlichen Nachbarn nutzen³⁷. Gauck war auch der Ansicht, dass nach der Überwindung der Teilung Europas der Raum für „Frieden, Sicherheit, Recht und Wohlstand“ europaweit errichtet werden sollte. „Wir wollen daran weiter arbeiten, auch im Rahmen der Östlichen Partnerschaft der EU“ – fügte er hinzu³⁸.

Um die Beziehungen zu den osteuropäischen Ländern zu verbessern und vertiefen braucht Polen weitere deutsche Unterstützung. Laut Barbara Tuge-Erecińska „eine zusätzliche Aufgabe für Polen kann es sein, die europäischen Partner davon zu überzeugen, dass unsere östlichen Nachbarn systematisch in den Prozess der europäischen Integration einbezogen

³⁴ Zu diesem Thema siehe: MK, *Prezydent Litwy o polskich nazwiskach*, „Gazeta Wyborcza”, 13.11.2009, Nr. 266, s. 13.

³⁵ T. Bielecki, *Polsko-litewska potyczka w Brukseli*, „Gazeta Wyborcza”, 25.09.2009, Nr. 225, s. 10.

³⁶ Siehe: *Podziwiam Polskę. Interview mit Joachim Gauck*, „Gazeta Wyborcza”, 26.03.2012, Nr. 72, s. 8.

³⁷ Ibidem.

³⁸ Ibidem.

werden sollten, und vor allem haben wir das Recht nachdrücklich darauf hinzuweisen, dass die europäische Integration nicht nur eine Erweiterung der Institutionen sein darf. Es geht um einen ganz weit gefassten Gedankenaustausch, der sowohl den Westen als auch den Osten zu einem unaufhörlichen Dialog verpflichtet – nicht nur im Rahmen offizieller Vereinbarungen” – überzeugte die polnische Botschafterin in Großbritannien³⁹.

Die politischen Ereignisse aus den letzten Jahren zeigen, dass sowohl Polen, als auch Deutschland trotz vieler Schwierigkeiten eine erfolgreiche Ostpolitik im Rahmen der EU führen können. Wie aber Marcin Wojciechowski bemerkte, hängen die positiven Änderungen in Osteuropa vor allem von der Gesinnung der dort lebenden Gesellschaften ab⁴⁰. Die Fortsetzung und Vertiefung demokratischer Prozesse in Osteuropa liegt auch im deutschen und polnischen Interesse, weil sie zur Respektierung der Menschenrechte, Stabilität und Annäherung der Nachbarländer beitragen.

³⁹ B. Tuge-Erecińska, *Eröffnungsrede, Aus dem Polnischen von Oliver Engelhardt*, [in:] *Deutschland-Polen – Osteuropa...*, s. 16.

⁴⁰ M. Wojciechowski, *Długi marsz. Z przystankami*, „Gazeta Wyborcza”, 20.12.2011, Nr. 295, s. 18.